

# Forderungsliste

<i>Langfassung</i>	<i>Kurzfassung</i>
<b>1. Das Menschenrecht auf Nahrung weltweit achten und durchsetzen</b>	
1. Alle direkten und indirekten Subventionen von Lebensmittelexporten sowie Exporte, die Kleinbauern in Entwicklungsländern bedrohen, sind einzustellen.	Alle Exporte, die Kleinbauern in Entwicklungsländern bedrohen, einstellen statt subventionieren!
2. Billigimporte insbesondere von Futtermitteln und Agrar-Sprit sind zu unterbinden.	Billigimporte, v.a. von Futtermitteln und Agrar-Sprit unterbinden!
3. Preise für importierte Agrarprodukte müssen einen sozial und ökologisch akzeptablen Anbau ermöglichen und sich an europäischen Standards orientieren.	Gerechte Preise für importierte Agrarprodukte!
<b>2. Landwirtschaft soll sich lohnen – für Bauern und Verbraucher</b>	
4. Bäuerliche Betriebe und arbeitsintensive Anbaumethoden müssen künftig gefördert statt benachteiligt, Zahlungen an Agrar-, Lebensmittel- und Handelskonzerne dagegen eingestellt werden.	Bäuerliche Betriebe und Arbeit fördern statt benachteiligen, keine Subventionen für Konzerne!
5. Direktzahlungen sollen für gesellschaftlich notwendige Leistungen (Arbeitsplätze, ökologische Leistungen wie Klima-, Umwelt- und Tierschutz) erfolgen, die auf dem Markt nicht ausreichend honoriert werden. Sie müssen nach der erforderlichen Arbeit und Zahl der Beschäftigten differenziert werden.	Direktzahlungen für Umwelt- und soziale Leistungen, gekoppelt an die Zahl der Beschäftigten
6. Überproduktion, Verschwendung und Preisverfall müssen durch eine Mengensteuerung in der Verantwortung der Erzeuger verhindert werden.	Überproduktion, Verschwendung und Preisverfall mit Mengensteuerung durch Erzeuger und Verbraucher verhindern!
7. Die regionale und lokale Vermarktung von Lebensmitteln und die allseitige Entwicklung der ländlichen Räume muß gezielt gefördert werden.	Mindestlöhne und Antidumping-Gesetze in der Land- und Lebensmittelwirtschaft!
8. Die Ausbeutung in der Land- und Lebensmittelwirtschaft arbeitender Menschen muß durch Mindestlöhne und Antidumping-Gesetze bekämpft werden.	
9. Besondere ökologische Leistungen müssen besonders honoriert werden.	
<b>3. Gesunde Tiere für eine gesunde Ernährung</b>	
10. Die Würde des Tieres ist wieder zu achten, quälische Haltung und Zucht zu verbieten.	Industrielle Tierhaltung nicht länger subventionieren
11. Industrielle Tierhaltung darf nicht länger subventioniert werden, Investitionsförderungen müssen an Tierschutzmaßnahmen gebunden sein.	Eiweißfutter wieder in Europa erzeugen, Grünland erhalten

12. Die Zahl der Tiere muß an die verfügbare landwirtschaftliche Futter-Fläche gebunden sein.	
<b>4. Vielfalt statt Monokulturen</b>	
13. Direktzahlungen sollen für gesellschaftlich notwendige Leistungen (Arbeitsplätze, ökologische Leistungen wie Klima-, Umwelt- und Tierschutz) erfolgen, die auf dem Markt nicht ausreichend honoriert werden. Sie müssen nach der erforderlichen Arbeit und Zahl der Beschäftigten differenziert werden.	Verbesserung der Artenvielfalt, Mindestfruchtfolgen und Erhalt von Grünland auf allen Betrieben
14. Der Einsatz von synthetischen Dünge- und Pflanzenschutzmitteln ist durch wirksame Programme systematisch zu reduzieren.	Den Einsatz synthetischer Dünge- und Pflanzenschutzmitteln systematisch reduzieren
15. Die Umstellung auf integrierte ökologische Anbausysteme, insbesondere der ökologische Landbau soll gezielt gefördert werden.	Agrarökologische Lösungen und ökologische Landwirtschaft gezielt fördern
16. Öffentliche Förderung von Agrarforschung und Entwicklung muß diese auf Erhalt und nachhaltige Nutzung der natürlichen Vielfalt, der genetischen Vielfalt von Nutztieren und -pflanzen und der Kulturlandschaft verpflichten.	
<b>5. Klimaschutz und solare Landwirtschaft</b>	
17. Nachhaltige Anbaumethoden zur Verbesserung des Humusgehaltes und der Kohlenstoffspeicherung nach spezifischer Bodenbeschaffenheit müssen gezielt gefördert werden.	Kleinteilige, effiziente und angepasste Energiegewinnung, v.a. aus Abfallstoffen und Zwischenfrüchten statt Monokulturen für Sprit und Biogas
18. Monokulturen für Energie- und Spritproduktion sind zu vermeiden. Zu fördern sind kleinere, effizientere, regional angepasste Biogasanlagen, die sich auf die Nutzung von Abfallstoffen, Zwischenfrüchten und Pflanzen aus extensivem Anbau konzentrieren. Solange Energiepflanzen importiert werden, müssen strenge und wirksame ökologische und soziale Kriterien gelten.	Maximale Energie- und Klimagaseffizienz und Humusaufbau fördern und fördern
19. Die Steigerung der Energieeffizienz und Senkung der Klimagasemissionen in der Land- und Lebensmittelwirtschaft muß systematisch gefördert und gefordert werden.	
<b>6. Innovation statt Risiko- und Monopoltechnologien</b>	
20. Der Einsatz gentechnisch veränderter Pflanzen, patentierter Lebewesen sowie geklonter Tiere und ihrer Nachkommen ist zu verbieten und darf auf keinen Fall öffentlich gefördert werden.	Den Einsatz gentechnisch veränderter Pflanzen, patentierter Lebewesen und geklonter Tiere verbieten
21. Forschungs- und Innovationsstrategien müssen vom Wissen der Landwirte und den Bedürfnissen ihrer Kunden ausgehen und von diesen demokratisch kontrolliert werden. Agrarkonzerne brauchen keine öffentliche Förderung.	Forschung an den Bedürfnissen der Landwirte und Steuerzahler und den ökologischen Herausforderungen ausrichten, ihre Ergebnisse fair teilen, kritisch bewerten und verbreiten
22. Der freie Zugang zu Saatgut und der genetischen Vielfalt als Grundlage unserer Ernährung ist öffentlich zu kontrollieren und zu gewährleisten.	.

